

Positionspapier des Präsidiums des Wirtschaftsforums der SPD e.V. zur Europawahl 2019

Europa stärken ist die zentrale Zukunftsinvestition für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Wir bekennen uns zur Einheit Europas. Die EU ist nicht nur das größte und erfolgreichste Friedensprojekt auf dem europäischen Kontinent, sondern auch grundlegender Wachstumsmotor und Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges. Die EU muss zusammenstehen, sie ist Schutzraum für ökonomische und soziale Standards. Sie muss und kann sich als wichtiger Player auf dem Weltmarkt behaupten. Wir plädieren für ein Mehr an Europa – für Freiheit, Gerechtigkeit, Stabilität und Nachhaltigkeit.

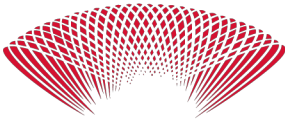
1. Zukunftsinvestitionen ausbauen, Wirtschaftspolitik koordinieren

Innovationen aus Konzernen und Mittelstand liefern wichtige Beiträge zur Lösung globaler Probleme. Ein starker industrieller Sektor hat zudem erheblich zur Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland beigetragen. Die europäische Industrie gilt es deshalb zu sichern und zu stärken. Investitionen müssen zielgerichtet in Zukunftstechnologien, Wissenschaft und Forschung sowie in europäische Wirtschaftsjahrprojekte mit europaweiten Produktionsstätten und Quellmärkten erfolgen.

Der Erhalt und der Ausbau transnationaler, europäischer Wertschöpfungsketten ist die Basis für die ökonomische Prosperität des europäischen Wirtschaftsraumes. Dabei spielt das kooperierende Zusammenwirken von neuen Unternehmen, gewachsenem Mittelstand und Industrie eine entscheidende Rolle.

EU-Parlament, -Kommission und -Rat müssen sich für eine stärkere Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik engagieren, um den Binnenmarkt und das nachhaltige Wachstum zu stärken. Kernbestandteil der Koordination wäre eine innovationsorientierte, strategische Gründer-, Mittelstands- und Industriepolitik auf europäischer Ebene. Zudem muss die Abstimmung zwischen EU-Parlament, -Kommission und -Rat vereinfacht und beschleunigt werden.

Die europäische Wirtschaft sollte sich darauf besinnen, eigenständig strategische Schlüsseltechnologien zu entwickeln. Das Leuchtturmprojekt Airbus kann als Beispiel dienen und in weiteren Projekten, wie bspw. einer europäischen Batteriezellenproduktion, der bereits geplanten Forschungszentren zu



Künstlicher Intelligenz, zur Quanten-Computer-Technologie oder Cybersicherheit wieder aufgegriffen werden.

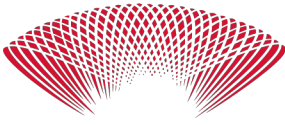
2. Faire internationale Handelspolitik stärken

Die Stärkung des Außenhandels ist eines unserer Kernanliegen und Deutschland als Exportnation auf offenen, fairen Handel angewiesen. Ein multilaterales Handelssystem im Rahmen der WTO ist dafür die Grundvoraussetzung. Daneben setzt sich das Wirtschaftsforum der SPD e.V. für den Aus- und Aufbau bilateraler und regionaler Abkommen ein. So begrüßen wir beispielsweise den Abschluss des CETA-Abkommens mit Kanada, das Freihandelsabkommen mit Japan, die Neuauflage des Handelsabkommens mit Mexiko und den Beginn des Ratifizierungsprozesses mit Singapur. Eine europäische Strategie für einen offenen und fairen Wettbewerb muss stets die Basis für die Gestaltung neuer Handelsabkommen sein.

Für die globale Sicherheit sind stabile wirtschaftliche Beziehungen zwischen den USA und Europa unerlässlich. Die einseitige Verhängung von protektionistischen Maßnahmen der USA, über die WTO hinweg, ist der falsche Weg. Um eine Zollspirale zu vermeiden, setzen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für weitere Verhandlungen ein. Um das transatlantische Verhältnis auch in Zukunft positiv zu entwickeln, müssen wir wieder verhandeln.

Ein TTIP light, das die gegenseitigen Zölle auf Handelsgüter abschafft, wäre eine kluge Option. Dabei sollten wir uns für eine insgesamt gerechte Zollpolitik einsetzen, in der eine ausgewogene Handelsbilanz, auch im Hinblick auf den Dienstleistungsbereich Anwendung findet. Neben den Kontakten zum Weißen Haus und den Ministerien müssen vor allem auch dezentrale Beziehungen zum Senat und den Gouverneuren gestärkt und regionale Wirtschaftsprojekte angestoßen werden.

Auch gegenüber herausfordernden Partnerschaften wie mit China und Russland sollte sich Europa kooperativ zeigen. Als Mitglied der WTO muss China die Marktöffnung nach dessen Standards vorweisen. Einen einseitigen Know-How Transfer nach China und die Einschränkungen für EU-Unternehmen auf dem chinesischen Markt gilt es einzuschränken. Die Kommission sollte in diesem Zusammenhang über eine Ausschreibungspflicht im Projekt „Neue Seidenstraße“ verhandeln, denn dieses bietet auch für europäische Unternehmen viele Potentiale. Das europäische Anti-Dumping-Instrumentarium sollte als Gegenmaßnahme und im Rahmen der WTO Anwendung finden.



Einigkeit innerhalb der EU ist auch nötig, wenn Großbritannien die EU verlässt. Wir haben ein großes Interesse an zukunftsfähigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich. Ein neues Freihandelsabkommen muss dies berücksichtigen.

3. Euro-Stabilisierung und institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union

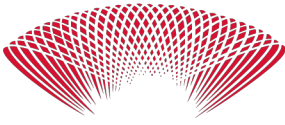
Wir setzen uns für eine stärker koordinierte Währungs- und Finanzmarktpolitik mit einem sachgerechten Verbraucherschutz mit Augenmaß ein. Nur eine nachhaltige Stärkung der Eurozone kann den Euro krisenfest machen und Freihandel und faire Austauschbeziehungen garantieren. Ein Eurozonenbudget kann dringend benötigte Investitionen stärken und in Krisen stabilisierend wirken.

Wir befürworten den Schulterschluss mit Frankreich zu einer institutionellen Weiterentwicklung der EU und der Ausgestaltung eines neuen europäischen Finanzrahmens. Bei der Novelle der Kapitalmarktunion ist jedoch ein Gleichklang zwischen kapitalmarktbasierter Finanzierungs- und Kreditfinanzierungsmodellen erforderlich. Haftung und Kontrolle auf den Finanzmärkten muss in Einklang gebracht werden. Eine Zentralisierung der europäischen Einlagensicherung (EDIS) auf Kosten der Funktionsfähigkeit nationaler Sicherungssysteme lehnen wir deshalb ab. In den nächsten Jahren gilt es, die aktuell geltende EU-Einlagensicherungsrichtlinie umzusetzen sowie den Umfang ausfallgefährdeter Kredite in den jeweiligen Mitgliedsstaaten erheblich zu senken.

Das im Dezember 2017 vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht beschlossene Basel IV-Reformpaket "Basel III: Finalising post-crisis reforms" mit signifikant gesteigener Eigenkapitalanforderung stellt die nationale und europäische Finanz- und Kreditwirtschaft vor große Herausforderungen. Die EU-Kommission und die Bundesregierung müssen bei der schrittweisen Umsetzung dafür sorgen, dass die europäischen Finanzinstitute im internationalen Wettbewerb mittel- bis langfristig nicht die Verlierer sind.

Die Basel IV-Maßnahmen sollten weltweit und insbesondere mit Blick auf die US-Administration im Gleichschritt und in der EU maßvoll umgesetzt werden. Dabei sind negative Auswirkungen auf die Kreditwirtschaft, Unternehmensfinanzierungen und nationale Wirtschaft zu vermeiden sowie die Besonderheiten des europäischen Finanzmarktes zu berücksichtigen. Spielräume und Möglichkeiten für Erleichterungen sollten genutzt werden, um Wettbewerbsnachteile für Kreditinstitute in Europa zu vermeiden.

Im Rahmen des Brexit müssen EU-Institutionen mit aktuellem Sitz in Großbritannien in die EU27 verlegt werden. Eine sinnvolle und faire Standortvergabe ist unabdingbar. So muss das Euroclearing



bspw. nach Frankfurt kommen, wo auf Initiative der Deutschen Börse bereits ein alternativer und in der EU27 einzigartiger Standort entstanden ist, der über alle rechtlichen und rechnerischen Voraussetzungen für effizientes Clearing von Zinsderivaten verfügt.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten dürfen das Thema Sustainable Finance nicht verschlafen. Nachhaltigkeit ist keine grüne Visitenkarte, sondern hat sich in kurzer Zeit zu einem beachtlichen Wirtschafts- und Investmentfaktor im internationalen Wettbewerb entwickelt.

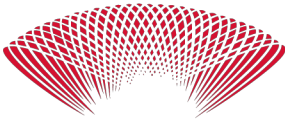
4. Den digitalen Binnenmarkt vollenden

In einem digitalen Binnenmarkt können Unternehmen Produkte und Dienstleistungen innerhalb der gesamten EU anbieten. Der große Markt mit mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern bringt internationale Wettbewerbsvorteile und erlaubt den Mitgliedsstaaten, gemeinsame Sicherheits-, Verbraucher- und Datenschutzstandards für die Digitalwirtschaft zu setzen. Dafür müssen regulierungsbedingte Barrieren beseitigt und nationale Märkte zusammengeführt werden.

Eine fehlende europäische Digitalkompetenz bedeutet hingegen ein Risiko auch für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft. Internet of Things, Künstliche Intelligenz, Blockchain und Cyberabwehr müssen europäisch gestaltet und Big Data zur Schlüsseltechnologie gemacht werden. Nur so haben deutsche und europäische Unternehmen die Chance, sich im Welthandel zu behaupten. Die Umsetzung eines deutsch-französischen Zentrums für KI muss beschleunigt und in einem zweiten Schritt auf europäischer Ebene erweitert werden.

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) modernisiert und vereinheitlicht das Datenschutzrecht und beseitigt Wettbewerbsverzerrungen zwischen europäischen Unternehmen. Die Ausgestaltung der Verordnung lässt jedoch Unsicherheiten offen und stellt datengetriebene Geschäftsmodelle sowie klein- und mittelständische Betriebe vor besondere Herausforderungen. Ein praktikabler Umgang mit Daten muss ermöglicht werden, damit der Austausch von Daten in Zukunft befördert wird und keinem Unternehmen der Zugang zu digitalen Geschäftsmodellen verwehrt bleibt. Die geplante ePrivacy Verordnung muss mit der DSGVO harmonisieren und die Neuauflage der Regulierung auf einem vertretbaren Maß gehalten werden. Darüber hinaus müssen die Anwendungsbereiche der jeweiligen Verordnung für Unternehmen klar definiert werden.

Europa muss ein Raum sicherer Datenkommunikation und -verarbeitung werden. Technologische Kompetenz und Innovationskraft, gute Datenschutzstandards und gehärtete IT-Strukturen gehören zusammen. Das ist im Interesse von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in allen Mitgliedsstaaten.



5. Wettbewerbsfähigkeit stärken und faire Steuerstandards vereinbaren

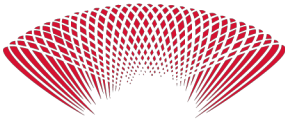
Im Blick auf die Herausforderungen im Wettbewerb mit China und den USA stehen die heutigen Regelungen im europäischen Wettbewerbsrecht der Schaffung europäischer „Champions“ in der Plattformökonomie aber auch im industriellen Bereich z.T. entgegen. Eine Reform des europäischen Kartell- und Wettbewerbsrechtes ist erforderlich, um ein faires „level-playing field“ unter globalen Bedingungen zu erhalten und Goldplating zu vermeiden.

Kleine und mittelständische Unternehmen sind für die Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand in der EU von entscheidender Bedeutung. Sie müssen auch weiterhin durch Maßnahmen wie den Small Business Act gestärkt werden und Beratungsleistungen erhalten. Bürokratieauflagen dürfen keine Einschränkungen im Wettbewerb mit sich bringen. In diesem Zusammenhang ist das nationale „One-in-one-out“-Prinzip auch auf europäischer Ebene zu etablieren und sind EU-Vorgaben 1:1 umzusetzen. Gerade auch die jungen, digitalen Unternehmen sind zukunftsweisend. Wir müssen die europäische Gründerkultur durch faire Investitionsbedingungen stärken und ein womögliches Marktversagen bei der Finanzierung von Startups durch öffentliche Mittel beheben.

In der demographischen Entwicklung und dem spürbar zunehmenden Fachkräftemangel liegen Risiken für weite Teile der Wirtschaft in Deutschland. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU müssen wir schützen und für ein funktionierendes europäisches Einwanderungsrecht sowie für gute und mitbestimmte Arbeitsstandards mit sachgerechter Bezahlung sorgen., um ein attraktives und innovatives Arbeitsplatzangebot zu schaffen.

Die Unternehmenssteuern sollten auf europäischer Ebene im Rahmen eines Korridors vereinheitlicht werden, um faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Als Prinzip muss ganz allgemein für alle gelten, dass da, wo Umsatz und Gewinn erwirtschaftet werden, auch Steuern entrichtet werden müssen.

Auch digitale Unternehmen müssen einen fairen Beitrag zur Finanzierung eines funktionierenden, zunehmend globalisierten und digitalisierten Wirtschaftssystems leisten. Wir setzen uns deshalb für eine gerechte Besteuerung von Gewinnen aus digitalen Dienstleistungen ein. Bei der Umsetzung der Steuer müssen jedoch Doppelbesteuerungen zu Lasten der europäischen Export- und Finanzwirtschaft unbedingt vermieden werden. Hier sind auch gemeinsame Initiativen von Frankreich und Deutschland sinnvoll, um deutlich voranzukommen.



6. Eine nachhaltige Europäische Klima- und Energiepolitik aufbauen

Die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes ist ein wichtiges Ziel, das hinreichende Anstrengungen der Mitgliedsstaaten beim Ausbau der grenzüberschreitenden Kapazitäten bedingt. Ein starker Energiebinnenmarkt fördert die Versorgungssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel müssen weiterhin einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein.

Europa muss seine führende Rolle bei der Klimaschutzpolitik beibehalten. Das Emissionshandelssystem ist hierfür weiterhin ein Schlüsselinstrument. Es ist ernsthaft zu prüfen, wie weitere Systeme und Sektoren in das Instrument einbezogen werden können, ohne dabei die globale Wettbewerbsfähigkeit und -gerechtigkeit der Unternehmen zu verlieren.

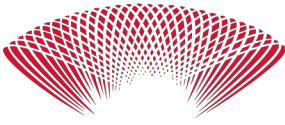
Das Ende der Kohleverstromung ist eingeleitet. Einige europäische Regionen leiden sehr stark unter dem Strukturwandel. Der Ausstieg muss mit einem sozial- und regionalverträglichen Ausstiegspfad verbunden werden. Dies muss vor Ort mit klugen regional- und strukturpolitischen Maßnahmen begleitet werden, um den betroffenen Menschen eine realistische Zukunftsperspektive zu geben.

Europas Rohstoffsicherheit ist zu wahren und deshalb zu diversifizieren: Die geplante Pipeline Nordstream II leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit Europas. Darüber hinaus spielt der Import von LNG aus den USA eine wichtige Rolle. Die dafür nötige Infrastruktur ist zu erstellen. Für die Sektorenkopplung ist eine intakte Gasinfrastruktur auch deshalb notwendig, um den erneuerbar erzeugten Wasserstoff in das bestehende Gasnetz einzuspeisen.

7. Europas Verantwortung in der Welt gerecht werden

Europa ist ein weltweit einzigartiges Friedensprojekt. Um weiterhin Friedensprojekt bleiben zu können, muss sich die europäische Staatengemeinschaft weiterentwickeln und verändern. Kein Land auf der Welt ist in der Lage, Konflikte im Alleingang zu lösen. Europas Verantwortung in der Welt steigt stetig.

„Europe United“ muss die Antwort auf in Veränderung befindliche Partnerschaften und ein sich wandelndes Sicherheitsumfeld mit teils neuartigen Bedrohungen sein. Eine Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik ist geboten. Deshalb befürworten wir eine verstärkte gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch den Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Ein Weg, an dessen langem Ende eine Verteidigungsunion und eine Europäische Armee stehen.



Neben der Europäisierung stehen wir für die gleichzeitige Intensivierung der transatlantischen Beziehungen in allen Bereichen, auch zwischengesellschaftlich. Dies erfordert Investitionen in gemeinsame europäische Fähigkeiten. Erstens, um die Effektivität und Effizienz einer europäischen Verteidigungspolitik zu steigern. Zweitens, als Europas Beitrag zum transatlantischen Bündnis, das dem Kontinent zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe und gegenseitigem Respekt verhelfen soll. Drittens, als Rückversicherung für den Fall, dass bisherige Bündnisse brüchig werden sollten.

Um den kooperativen Charakter in Zeiten von Alleingängen zu stärken, stehen wir für eine Stärkung des Multilateralismus. Sowohl in eigenen europäischen Strukturen als auch in Strukturen übergreifender Bündnisse. Daher befürworten wir die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit — oder PESCO (Permanent Structured Cooperation) — innerhalb der EU als Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten. Aber auch Instrumente wie das Rahmennationen-Konzept (Framework Nations Concept, FNC) sind sinnvoll, um die Kooperation europäischer Staaten innerhalb der NATO zu erhöhen. Des Weiteren befürworten wir binationale und multinationale Kooperationen, um den Unilateralismus einzuhegen.

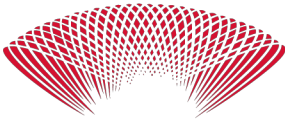
Grenzüberschreitende Datenflüsse, die globale Vernetzung und die fortschreitende Digitalisierung führen unweigerlich auch zu neuartigen sicherheitspolitischen Risiken. Neue Organisationsstrukturen müssen geschaffen werden, um die Verantwortlichkeiten der Behörden klarer zu definieren und gleichzeitig eine effizientere Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft – auch auf europäischer Ebene – zu errichten.

Europa muss sich mit aller Kraft für Rüstungskontrolle und auch Abrüstung einsetzen. Der INF-Vertrag muss weiter gelten. Neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit, Konfliktdeskalation und Verhinderung von Rüstungswettläufen sind an der Tagesordnung.

8. Stimmen der Vernunft für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Gewalt

Populistische Kräfte und insbesondere rechtsextreme Tendenzen sind zunehmend in allen europäischen Ländern präsent und drohen die europäische Einheit zu gefährden. Als werteorientierter Wirtschaftsverband stehen wir für ein friedliches Miteinander. Für ein Europa der Solidarität, Humanität und Demokratie und engagiert gegen Hass und Hetze.

Das Grundgesetz und die gesetzlichen Regeln unserer staatlichen Ordnung gelten für alle. Europa muss mit entsprechenden Regelungen Kapazitäten für eine gerechte Verteilung von Geflüchteten und



für beschleunigte Verfahren sorgen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt darf qualifizierten Fachkräften nicht verwehrt bleiben.

Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich geschlossen gegen Spaltungsversuche der Populisten zu stellen. Wir fordern die Wählerinnen und Wähler auf, ihr Wahlrecht auszuüben und mit ihrer Stimmabgabe zur Stärkung Europas beizutragen. Aber auch die Wirtschaft muss stärker als bisher als Stimme der Vernunft zu hören sein. Auch Unternehmen, Managerinnen und Manager, Arbeitgeber und leitende Angestellte tragen Verantwortung für unser Land und sind stärker denn je gefordert, in einen neuen Dialog einzutreten.